

Peter Stein:

### **Die Harburger Tagespresse (1750 - 1918)**

In: Harburg - Von der Burg zur Industriestadt. Beiträge zur Geschichte Harburgs 1288 - 1938. Hrsg. von Jürgen Ellermeyer, Klaus Richter und Dirk Stegmann. Hamburg: Christians, 1988, S. 369 - 382

#### 1. Das Harburger Pressewesen bis 1848/49

Die Anfänge des Harburger Pressewesens reichen zurück bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts.<sup>1</sup> Sie sind bescheiden, eher zufällig für das Städtchen im Fürstentum Lüneburg und dennoch pressehistorisch durchaus bemerkenswert. Mit Beginn des Jahres 1750 erschienen nämlich in kurzer Folge vier Nummern einer Zeitung, die sich kühn und - mit offensichtlichem Blick auf etabliertes hamburgisches Vorbild<sup>2</sup> - konkurrenzfreudig "Harburgische privilegierte Staats- und Gelehrte Neuigkeiten" nannte. Diese vier Ausgaben haben sich nicht erhalten. Was immer sie an Neuigkeiten berichtet haben mögen, die letzte enthielt u.a. einen Beitrag "Gedanken vom Küssen", den die fünfte Ausgabe fortsetzte. Diese fünfte Nummer und noch neun weitere folgten jedoch erst 11 Jahre später, in der Zeit vom 8. bis 23. September 1761. Bemerkenswert ist dabei wohl weniger die Rechnung, die der Verleger, der zunächst in Harburg noch gar nicht ansässige Buchdrucker Samuel H.C. Struck, auf die Geduld seiner Abonnenten aufmachte, als er die zwei scheiternden Anläufe zur Gründung einer Tageszeitung unternahm. Bemerkenswert ist vielmehr, daß der kurfürstliche Geheime Rat in Hannover einem jungen, einschlägig nicht erfahrenen Drucker in einer Stadt, in der es bis dahin noch nie eine Druckerei gegeben hatte, überhaupt ein Privileg zum Druck, Verlag und Vertrieb einer politischen Zeitung verlieh und dieses auch noch 1749 für zwölf Jahre aussprach. In der Regel lehnte die Regierung solche Gesuche ab oder verband sie mit Auflagen, nach denen insbesondere inländische (politische) Nachrichten zu unterlassen waren.<sup>3</sup> Durchgesetzt

wurde dieses Gebot mit strengen Aufsichtsmaßnahmen, die im mehrfach erneuerten Zensuredikt von 1705 festgelegt worden waren und praktisch gültig blieben bis 1848. Die Konsequenz solcher Politik war, daß im Kurfürstentum und später im Königreich Hannover eine politische Tagespresse im eigentlichen Sinne kaum existierte.

Dem herrschaftlichen Arkananspruch standen im Bereich des Pressewesens zunächst noch die ökonomischen Bedingungen zur Seite, wenigstens im 18. Jh. und in den Regionen abseits der größeren Städte. Die Investitionen für die Einrichtung einer Druckerei waren hoch und risikoreich, der Markt beengt durch Privilegien und die Zensur. Produktion und Distribution einer überregionalen Zeitung konnten bis ins 19. Jh. hinein faktisch nur auf der Basis einer rentablen Buch- und Akzidenzdruckerei gelingen. So scheiterte Struck in Harburg denn auch in erster Linie ökonomisch aufgrund seines mangelnden wirtschaftlichen Erfolges als Drucker in einer noch zu kleinen Stadt. Sein offenkundiges Kalkül auf das Zeitungsleserinteresse in der benachbarten großen Stadt Hamburg, das ihm erst den Erfolg als Zeitungsverleger (und danach den als Drucker) bringen sollte, konnte dagegen politisch wegen Zensur bzw. Nichtverlängerung des Zeitungsprivilegs nicht aufgehen. Das starke Interesse, das gerade Leser in Hamburg an den kurzzeitig unzensierten letzten Nummern der harburgischen Zeitung zeigten<sup>4</sup>, weist jedoch schon auf das erstarkende Publizitätsprinzip hin, das im Gefolge des politischen Liberalismus als Forderung nach öffentlicher Erörterung der (überregionalen) politischen Presse im 19. Jh. Dynamik verlieh. Dem schließt sich ein für die Entstehung des regional-lokalen Pressewesens wichtiger Prozeß an, dessen Bedeutsamkeit an der endgültigen Herausbildung des Harburger Zeitungswesens exemplarisch dargestellt werden kann.

Die Publizitätsforderung der bürgerlichen Gesellschaft artikuliert sich ja nicht nur im Streben nach Diskussion über die große Politik, sondern wuchs zugleich auch von unten als immer unabweisbareres Interesse an lokaler bzw.

regionaler Kommunikation dem Arkaninteresse des Staates entgegen. An den Gründungsjahren lokal/regional ausgerichteter sogen. "Intelligenzblätter" ist der Zeitpunkt ungefähr ablesbar, an dem bislang genügende orale Lokalkommunikation ergänzt bzw. abgelöst wird durch schriftliche Formen. An den Gründungsjahren der sogen. "Amtsblätter" (die nicht selten alsbald den "Intelligenzblatt"-Charakter integrierten) ist zugleich ablesbar, daß auch die Behörden einen gestiegenen Kommunikationsbedarf mit den Untertanen besaßen, der nach periodisch publizierter Verbreitung verlangte.<sup>5</sup> Beide Tendenzen vereinigten sich jedoch im Vormärz nicht, vielmehr mußte das lokal begründete Kommunikationsinteresse seinen Anspruch mühsam erkämpfen. Warum das und wie das gerade in Harburg noch vor 1848 gelang, ist nicht uninteressant.

Harburg war in den Jahren nach den napoleonischen Kriegswirren zu einer Stadt von ca. 4500 Einwohnern gewachsen, hatte eine Garnison, einen für die Auswanderung nach Amerika bedeutenden Hafen und eine aufstrebende Wirtschaft. Es war der Magistrat selber, der 1837 zunächst eine (schon in Stade etablierte) Druckerei in den Ort holte und dann die Bemühungen des Druckers Johann Christian Hergeröder um die Erlaubnis, ein Wochenblatt verlegen zu dürfen, nachhaltig und schließlich erfolgreich unterstützte. Hergeröders Argumentation für die Zulassung einer Lokalzeitung ist geradezu klassisch:

"Das Bedürfnis einer städtischen Wochenschrift wird von sämtlichen Bürgern Harburgs und den Eingesessenen seiner Umgebung, nicht minder von den hier eintreffenden zahllosen Reisenden von Tage zu Tage dringender verspürt. Harburgs Handel und Verkehr gewinnen von Jahr zu Jahr an Umfang. <...> Der industrielle hamburgische Kaufmann versäumt es nicht, jede neu empfangene Warensendung in der nächsten Zeitung zur öffentlichen Kenntnis gelangen zu lassen, während der hiesige Kaufmann eines zur Veröffentlichung derartiger Lokal-Anzeigen geeigneten Organs entbehrt und mit tiefer

Betrübnis die Erfahrung macht, daß seine Mitbürger an seinem wohl assortierten Lager vorbeigehen, um in einer fremden Stadt zu kaufen, was sie bei ihm ebenso gut erhalten können, aber nicht bei ihm vermuten."<sup>6</sup>

Zweierlei fällt auf: Das gesellschaftliche Interesse wird als politikfreies ökonomisches und kommunales Interesse definiert (Inserate) und: Das privatunternehmerische Projekt erscheint als "gemeinnütziges Unternehmen".<sup>7</sup> Es ist die besondere politische Konstellation von Staat und Gesellschaft im Vormärz, die diese Interessensumschreibung zu beglaubigen vermochte. Gleichwohl resultierte hieraus ein gerade in der Lokalpresse langfristiges Selbstbild, demzufolge sich der Verleger weniger als ein politisch und mit der Ware Zeitung Handelnder, sondern als ein über dem Markt und den Parteien Stehender darstellte. Das galt insbesondere für die jeweils am Ort ersten Lokalzeitungen ("Traditionszeitungen", die oftmals über Generationen in Familienbesitz blieben) und machte einen erheblichen Teil ihres Marktvorsprunges aus.

Für Harburg dauerte es noch vier Jahre, bis die Königliche Landdrostei in Lüneburg endlich die Konzession erteilte, verbunden mit der Einschränkung, keine politischen und keine amtlichen Nachrichten sowie keine unterhaltenden Artikel publizieren zu dürfen. Am 5. Oktober 1844 erschien die erste Nummer der "Harburger Anzeigen". Das Wochenblatt war damit die dritte Zeitung in der Landdrostei Lüneburg, neben den 1810 bzw. 1811 gegründeten und ab 1825 als Landdrostei-Amtsblatt auftretenden "Lüneburgschen Anzeigen" und den "Celleschen Anzeigen" (ab 1817). Drucker, Redakteur und Verleger war der Hergeröder-Sohn Carl; er blieb es bis 1872. Man kann nicht sagen, daß das vierseitige Blättchen sogleich florierte. Die Auflage stieg in den ersten Jahren nur langsam auf ca. 300, knapper Gewinn war erst ab 1846 zu verzeichnen.<sup>8</sup> Dennoch: Die Zeitung konsolidierte sich, weil es ihr spätestens ab 1848 gelang, sich mehr und mehr aus den redaktionellen Einschränkungen der Lüneburger

Obrig- keit zu befreien, und weil die stürmische Aufwärtsentwicklung der Stadt Harburg ein Leser- und Inserentenpotential garantierte, von dem bald mehr als nur eine Ortszeitung profitieren sollte.

## 2. Von Hannover zu Preußen: Die Harburger Tagespresse (1848-1890)

Am 17.3.1848 wurde für das Königreich Hannover die Zensur aufgehoben. Damit war hier, wie auch in den anderen deutschen Territorien, gleich zu Beginn der 48er-Bewegung eine der Hauptforderungen der Opposition verwirklicht. In der Folge kam es zu einer Welle von Zeitungsgründungen bzw. Umwand- lungen zu politischen Zeitungen, die auch die bisher eher zeitungssarmen Provinzregionen erreichte.<sup>9</sup> In Harburg trat zwar nicht wie in Lüneburg mit dem "Vorwärts" eine neue, liberale Zeitung auf<sup>10</sup>, als eine "neue", nämlich politische Zeitung kann man gleichwohl die "Harburger Anzeigen" in dieser Zeit bezeich- nen, da die gesetzlichen Regelungen der Pressefreiheit aus den Jahren 1848/49, anders als in vielen anderen Bundesstaaten, faktisch bis 1855 Gültigkeit hatten.<sup>11</sup> Der redaktionelle Inhalt er- weiterte sich bedeutend, der politische Standpunkt gewann für den Leser festere Konturen. Hergeröders Zeitung war kein Regierungsblatt, sondern steuerte einen vorsichtigen national- liberalen Kurs, der den politischen Kräfteverhältnissen in der nun rasch wachsenden Industriestadt Harburg entsprach. Das war trotz des lokalen Rückhalts beileibe kein einfacher Kurs, denn die hannoversche Regierung verschärfte seit dem Ministerium v. Borries´ ab 1855 ihre Politik der Überwachung und Einfluß- nahme gegenüber der Presse erheblich, um die Folgen der miß- liebigen Pressefreiheit so stark wie möglich einzudämmen. Der Maßnahmenkatalog stützte sich auf den "Bundesbeschluß zur Verhinderung des Mißbrauchs der Presse" vom 6.7.1854 und umfaßte: Ermahnung und Verwarnung zur Einschüchterung, ge- staffelte Kautionspflicht für politische Blätter zur Erschwerung von Neu- gründungen, schließlich: Konzessionsentzug.

Diese Drohungen mußten, zumal bei kapitalschwachen Verlegern, zu Anpassung bzw. zu Vermeidungsstrategien führen. So scheiterte 1856 in Harburg die erste örtliche Konkurrenzgründung, die von Georg Brackenhoff verlegte und redigierte Tageszeitung "Der Elbbote", an der hohen Kautionssumme.<sup>12</sup> Auch Hergeröder wird seinen Preis zu zahlen gehabt haben, nachdem es ihm gelungen war, die Kautionssumme von bedrohlichen 2500 auf 500 Taler herunter- zuhandeln: nur so konnte er die ab 1854 eingeführte halbwöchentliche Erscheinungsweise beibehalten und die Ersparnis in eine Schnellpresse investieren, mit der er ab 1857 den Zeitungs- vom Akzidenzdruck abtrennte.

Der zweite Versuch einer Konkurrenzgründung, die von Carl Frick vom 1.4.1859 bis ca. 1862 verlegte und halbwöchentlich erschienene "Elbzeitung. Harburger Nachrichten"<sup>13</sup>, stand bereits im Zeichen einer veränderten pressepolitischen Konstellation. Unter maßgeblicher Mitwirkung des Regierungsassessors Oscar Meding war nämlich die Regierung gegen Ende der 50er Jahre zunehmend von der tradierten Politik der Pressebehinderung zu einer moderneren Politik der Pressebeeinflussung übergegangen: Das Bestreben dieser ebenfalls in Preußen praktizierten Pressepolitik war es, maßgebliche Zeitungen durch politische Pression und materielle Anreize zu einer gouvernementalen Haltung zu veranlassen.<sup>14</sup> Dem Erfolg bei den durchweg kapitalschwachen kleinen Provinzzeitungen standen wachsende Mißerfolge in den größeren Städten gegenüber, in denen sich eine Zeitung auch gegen den Druck von oben gut zu halten vermochte. Harburg gehörte dazu. So zahlte sich die Regierungstreue der "Elbzeitung" nicht aus. Obwohl Frick die Kautionssumme auf 500 Taler ermäßigt wurde, er dann noch ein Darlehen von 800 Talern erhielt und die Landdrostei nur seinem Blatt in Harburg die Amtlichen Anzeigen gab<sup>15</sup>, zog das liberale Bürgertum, politisch im "Nationalverein" organisiert, die "Harburger Anzeigen und Nachrichten", so der neue Titel ab 1860, entschieden vor. Nach dem Ende

der "Elbzeitung" gab Hergeröder am 26.3.1862 die stolze Erklärung ab, daß sein Blatt "von niemandem Unterstützung erhält und unter niemandes Einfluß steht, und also ganz unabhängig ist"<sup>16</sup> Das war natürlich nur bedingt wahr, denn die relative Unabhängigkeit von der hannoverschen Regierung war nur zu erreichen aufgrund des nationalliberalen Kurses der Zeitung, der nach dem Anschluß Hannovers und damit auch Harburgs an Preußen (1866) sowie nach der Übernahme des Blattes durch Hergenröders Schwiegersohn Georg Lühmann (ab 1872) seinen oppositionellen Charakter weitgehend verlor.

Man kann es auch so formulieren: ab 1866 wurden die "Harburger Anzeigen und Nachrichten" (HAN) mehr und mehr staatstragend, was gleichbedeutend mit "regierungsfreundlich" war. Dem Welfenreich trauerte "die Lühmannsche", wie die Zeitung bald in Harburg hieß, nicht nach. Diese Trauerarbeit überließ man dem mit der "Elbzeitung" an seiner Regierungs-loyalität gescheiterten Frick, der sich ab 1867 mit seinem zugleich in Buxtehude verlegten "Courier an der Unterelbe" nun in welfischer Opposition versuchte. Das Blatt ging um 1874 an den Harburger Buchdrucker Heinrich Wendt über, behielt aber seine Richtung bei. Um 1890/91 wurde der Drucker Heinrich Weber (Mit-)Herausgeber. Die Zeitung erschien zuletzt sogar sechsmalig in der Woche und dürfte am 30.4.1894 eingegangen sein.<sup>17</sup> Abnehmer fand sie wohl kaum in der Stadt Harburg, sondern mehr im nördlichen Hinterland. Die später vor allem im Regierungsbezirk Lüneburg stärker vertretene deutsch-hannoversche Presse und Parteitagitation bereitete der preußischen Regierung in Berlin bzw. dem Oberpräsidium in Hannover von Anfang an Sorgen. Aus dem beschlagnahmten Vermögen der Fürstenhäuser in Hannover und Hessen, dem sogenannten "Reptilienfonds", wurden ab 1869 "Subventionen" genannte jährliche Geldzahlungen an Journalisten und Verleger gezahlt, um im annektierten Welfenland Regierungsfreundlichkeit sicherzustellen. Folgt man Schilling, der die geheimen Zahlungen unverblümt als

Bestechungen bezeichnet, so nahmen die meisten etablierten Zeitungen der Landdrostei Lüneburg und daher wohl auch die HAN dieses Geld an, das zwischen 500 und 1000 Taler jährlich betrug und bis in die 80er Jahre, in Einzelfällen (z.B. in Uelzen) sogar bis zur Jahrhundertwende gezahlt wurde.<sup>18</sup> Als Beeinträchtigung ihrer Unabhängigkeit mochten wenigstens die Verleger der in den jeweiligen Landkreisen führenden Zeitungen diese Subventionen nicht betrachten, waren sie doch in der Regel als "amtliche Kreiszeitung" ohnehin zum Staat in ein besonderes Verhältnis getreten.

Diese neue Einrichtung wurde in der Provinz Hannover nach der vorläufigen Neueinteilung von (Steuer-)Kreisen von 1867 ins Leben gerufen und nach der endgültigen Neuordnung der Landkreise ab 1.4.1885 noch einmal modifiziert. Dementsprechend firmierten die HAN ab 1870 als "Amtliches Kreisblatt für die Städte Harburg und Winsen sowie für die Ämter Harburg, Winsen und Tostedt", ab 1885 dann nur noch für Stadt- und Landkreis Harburg. Der Titel war, zumindestens in den folgenden Jahrzehnten verschärfter örtlicher Zeitungskonkurrenzen, bares Geld wert, verschaffte er doch nicht nur sichere Einkünfte für den Abdruck der Amtlichen Mitteilungen, sondern garantierte gerade wegen dieses Abdruckes auch Wettbewerbsvorteile und erhöhtes Interesse. So ist es nicht verwunderlich, daß die HAN rasch expandierten. Ab 1.10.1872 erschienen sie dreimal, ab 18.11.1875 sechsmal wöchentlich. Ab 1887 besaß die Druckerei eine Doppelschnellpresse, ab 1898 eine lithographische Anstalt sowie eine Rotationsmaschine, ab 1909 eine elektrisch angetriebene Zwilings-Rotationsmaschine. Auflage und Umfang stiegen kontinuierlich: gaben die einschlägigen Kataloge für 1872 noch eine Auflage von 1700 an, so wuchs diese Zahl auf 4500 im Jahr 1891. 1899 inserierte das Blatt ohne näheren Nachweis: "Größte Auflage und weiteste Verbreitung aller Lokalblätter der Provinz."<sup>19</sup> Zu Beginn des 1. Weltkrieges war dann die Auflage bei 14000 angekommen.

### 3. Der Aufschwung der politischen Tagespresse in Harburg (1890-1918)

Der eigentliche Aufschwung der politischen Tagespresse datiert in Harburg von den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts. Neue, dauerhafte Zeitungsgründungen, die dem bis dahin örtlich noch nicht vorhandenen Typus des Generalanzeigers bzw. der Parteizeitung zuzuordnen sind, erweiterten das Erscheinungsbild der Harburger Zeitungslandschaft ebenso wie Konkurrenzgründungen zur Traditionszeitung HAN. Dennoch bleibt bestehen: Diese älteste Lokalzeitung behielt auch nach 1890 den Vorrang in Stadt- und Landkreis. Der ganz unbestreitbare Erfolg der Zeitung hing nicht unwesentlich mit zwei weiteren Sachverhalten zusammen: Harburgs wirtschaftlicher Boom im Kaiserreich und das kommunalpolitische Engagement des Zeitungsverlegers Georg Lüthmann. An der politischen Gestaltung der ökonomischen Expansion Harburgs hatte Lüthmann wachsenden Anteil: ab 1881 war er Mitglied der Harburger Handelskammer, ab 1890 deren stellvertretender und ab 1897 alleiniger Vorsitzender. Zugleich war er ab 1893 Bürgervorsteher des ersten Stadtbezirkes, ab 1904 Senator im Magistrat, daneben im Aufsichtsrat verschiedener Unternehmen und bald auch mit öffentlichen Ehrungen und Titeln überhäuft. Die Zeitung dieses Bismarck-Verehrers und streitbaren Nationalliberalen hatte teil am politischen Erfolg des Lokalpolitikers, umgekehrt hatte dieser zweifellos Vorteile, weil ihm ein Sprachrohr seiner Überzeugungen zur Verfügung stand.<sup>20</sup> Die HAN wurden eine politische Lokalzeitung, aktiv für die Interessen des Nationalliberalismus, wobei sie hier besonders nach 1878 den rechten Flügel unterstützte und mit diesem im Kampf gegen die Sozialdemokratie der Förderung des nationalen Machtstaates den Vorzug gegenüber der Einforderung liberaler Rechtsstaatsprinzipien gab. Dieser Kurs wurde von Georg Lüthmann jun., der ab 1897 Schriftleiter, ab 1907

Teilhaber und nach dem Tode des Vaters ab 1912 Verleger war, ohne Abstriche fortgesetzt. Neben Georg Lühmann, der sich alsbald mehr dem Geschäftlichen widmete, waren in der Schriftleitung verantwortlich: Hermann Pietsch (ab 1901) und Hugo Lutze (ab 1905); Pietsch übernahm die Hauptschriftleitung bis 1920, Lutze danach sogar bis Anfang 1931.

Auch wenn Lühmanns Blatt versuchte, in einer Art lokalen "Dämpfung" der wachsenden Tatsache Rechnung zu tragen, daß es neben dem protestantischen Bildungs- und dem industriellen Großbürgertum auch Leserschichten gab, die dem politischen Kurs der Zeitung nicht folgten, ließ sich angesichts der veränderten Dimensionen Harburgs nicht verhindern, daß ab den 90er Jahren dauerhafte Konkurrenzblätter auftraten. So erschienen ab 1890 die "Harburger Zeitung", ab 1891 das sich später "Wilhelmsburger Zeitung" nennende Lokalorgan "Wilhelmsburger Gemeinde-Blatt" und ab 1894 das sozialdemokratische "Volksblatt für Harburg-Wilhelmsburg und Umgegend"; hinzu kam im Landkreis die ab 1893 in Tostedt erschienene "Tostedter Zeitung".

Die "Tostedter Zeitung" gehörte zum Typus der kleinen Lokalpresse, der bis in die 30er Jahre des 20. Jahrhunderts in Deutschland stark verbreitet war und dessen Kennzeichen sind: Einheit von Drucker, Verleger, Redakteur; Beschränkung der Verbreitung auf den kleinen Erscheinungsort; publizistischer Schwerpunkt auf örtliche Berichterstattung; mehr oder weniger starke Abhängigkeit von überregionalen Matern- und Plattenkorrespondenzen, Beilagen u.ä. in den übrigen Sparten. Die "Tostedter Zeitung" wurde vom Drucker Gustav Baumm redigiert und nannte sich im Untertitel "Unabhängiges Organ zur Vertretung ländlicher Interessen": es war zugleich das Vereinsblatt des Landwirtschaftlichen Vereins Tostedt. Das dreimal wöchentlich erscheinende Blatt hieß ab 1921 "Harburger Kreiszeitung". Unter der Regie des Gründersohnes Paul Baumm ging das Blatt in der zweiten Hälfte der 20er Jahre als erste Zeitung in der nord-

ostniedersächsischen Region zu nationalsozialistischem Kurs über.<sup>21</sup>

Über die "Harburger Zeitung" läßt sich nur wenig Verlässliches aussagen, da sie sich lediglich in ein paar Einzelnummern erhalten hat. Als "Zeitung für Jedermann"<sup>22</sup> gehörte sie offensichtlich zum damals neu auftretenden Zeitungstyp der Generalanzeiger, die als billige Massenblätter vor allem auf Anzeigen, Unterhaltung und wenig explizite Politik setzten und damit besonders in den Städten in neue (kleinbürgerliche bzw. proletarische) Leserschichten eindringen. Verleger war zunächst der Buchdrucker Johannes Goltermann allein, ab ca. 1892 zusammen mit dem Papierhändler Karl Henne. Ab ca. 1902 datiert die Umwandlung in die Harburger Zeitung GmbH, Am Wall 20.<sup>23</sup> Das Blatt erschien sechsmal wöchentlich. Ende der 90er Jahre fusionierte es mit dem möglicherweise zuvor selbständigen "Generalanzeiger für Harburg und Umgegend". In den Jahren 1910 bis 1912 gehörte die Zeitung dem Drucker Emil Hegemeister. 1914 erfolgte ein erneuter Besitzerwechsel: Das Blatt hieß nun: "Lokal-Anzeiger für die Stadt Harburg", mit zeitweiligen Nebenausgaben in Tostedt, Buchholz, Buxtehude und Stade. Verleger war Gustav Adolf Nahrendorf. Nach dessen Tod ging das Blatt Anfang 1926 im "Harburger Tageblatt" auf.<sup>24</sup> Das sozialdemokratische "Volksblatt" bezeichnete die "Harburger Zeitung" im Rückblick als "ein billiges Inseratenblatt, (...) die die sozialdemokratische Partei systematisch bekämpfe".<sup>25</sup>

Die "Wilhelmsburger Gemeinde-Zeitung" wurde von dem zuvor als Faktor bei den HAN beschäftigten Franz Kämmerer am 9.5.1891 gegründet. Es gelang ihr sowohl, den seit 1880 als Nebenausgabe der "Norddeutschen Nachrichten" (Blankenese) erscheinenden "Wilhelmsburger Boten" zu verdrängen, als auch sich gegen Lühmans Zeitung zu behaupten. Eine wichtige Ursache lag darin, daß das kleine Bauerndorf Wilhelmsburg mit seinen wenigen tausend Einwohnern sich durch den seit den 80er Jahren begonnenen Ausbau des Hamburger Hafens in kürzester

Zeit zu einem Industrie- und Arbeiterwohnort mit rund 32000 Einwohnern (1914) verwandelte. Kämmerer versprach seinen anfänglichen 65 Abonnenten, "die lokalen Interessen Wilhelmsburgs nach Kräften zu fördern"<sup>26</sup>, durfte die Zeitung auch alsbald im Untertitel "Amtsblatt der Gemeinde Wilhelmsburg" nennen und konnte sie bereits ab 28.11.1903 als Tageszeitung herausbringen. Ähnlich erklärten auch die späteren Verleger Hugo Böhme (ab 1905) und Albert Schüthe (ab 1909), in der "Wilhelmsburger Zeitung", wie sie ab 1911 hieß, "die Freude an der heimatlichen Scholle wachzuhalten" bzw. "vor allem den lokalen und kommunalen Teil des Blattes noch mehr auszubauen."<sup>27</sup> Dieser Charakter der bürgerlichen Orts- bzw. Heimatzeitung, vermischt mit Elementen des Zeitungstyps "Generalanzeiger", ist es denn auch, der dem kleinen Blatt (Auflage: 23000) sein Gepräge und sein Auskommen im Kräftefeld der harburgisch-hamburgischen Tagespresse gab, in dem ansonsten die ausgeprägteren Typen der Generalanzeiger-, der Partei- oder Parteirichtungspreise dominierten.

Die letzte, zweifellos bedeutendste Zeitungsgründung im Harburg des Kaiserreiches war das sozialdemokratische "Volksblatt für Harburg-Wilhelmsburg und Umgegend". Man kann die Gründung insgesamt als Zeichen für die Erstarkung der Harburger Arbeiterbewegung betrachten, signalisierte sie doch einerseits das Bedürfnis, sich vom verbreiteten Hamburger Parteiblatt "Hamburger Echo" zu emanzipieren, und andererseits das Zutrauen, auch in Harburg der Generalanzeigerpreise die Teile der Arbeiterschaft als Leser wegzunehmen, die diese im Reich zumeist während der Zeit der Sozialistengesetze, in Harburg zumindestens seit 1890 gewonnen hatte. Interessant ist, daß das Zeitungsprojekt sozusagen "von unten", d.h. von der Harburger Mitgliederversammlung gegen die Voten überregionaler Parteikonferenzen durchgesetzt wurde. Als Verleger und Geschäftsführer trat in den ersten drei Jahren Carl Weniger auf; Anfang 1897 veranlaßten dann die Harburger Parteimitglieder Baerer,

Dubbe und Hinze die Eintragung ins Handelsregister: seitdem hieß der Verlag Baerer & Co.<sup>28</sup> Anders als spätere Par- teiblatt-Gründungen mußte es ohne Zuschuß aus der Berliner Par- teikasse auskommen; Darlehensgeber waren einzelne Harburger Mitglieder (z.B. Robert Unger, August Kruse u.a.) sowie ein- malig der sozialdemokratische Verein für den 17. hannoverschen Wahlkreis.<sup>29</sup> Das Zutrauen zur eigenen Stärke gründete sich da- bei auf die wachsenden Mitgliederzahlen in den Harburger Gliederungen der Partei und Gewerkschaft, es drückte sich aber auch in dem Mut, das neue Blatt sogleich ab der ersten Nummer vom 1.11.1894 als Tageszeitung erscheinen und ihm ein knappes halbes Jahr später eine Kopfausgabe für Lüneburg, dem (späteren) Sitz des Unterbezirkes, folgen zu lassen. Die äußerst bescheidenen redaktionellen Mittel, nicht untypisch für die Situa- tion der sozialdemokratischen Presse in der Zeit um die Jahr- hundertwende, schilderte der langjährige Redakteur Heinrich Kaufmann 1919 im Rückblick so: "Zu einem Abonnement auf die Reuterschen Depeschen reichten die Mittel nicht. Von einem befreundeten Genossen in Hamburg wurden die neuesten in den Hamburger Morgen- und Mittagsblättern erscheinenden Nach- richten *telegraphisch* mitgeteilt. Es fehlte an einem tüchtigen Be- richterstatter. Korrespondenzen konnten aus Mangel an Mitteln nicht gehalten werden, auch waren die bürgerlichen Zeitungs- korrespondenzen nur in sehr geringem Maße für das sozial- demokratische Blatt geeignet. Die Redaktion selbst war un- genügend besetzt. Es waren zwei volle Arbeitskräfte notwendig, und vielfach stand nur eine halbe zur Verfügung."<sup>30</sup>

Zu diesen Schwierigkeiten traten Kapitalknappheit sowie die Abhängigkeit von dem privaten Drucker Heinrich Weber, der zuvor den "Courier an der Unterelbe" gedruckt hatte. Dennoch gelang es sogleich, auf eine Bezieherzahl von 3300 zu kommen und diese Zahl im Laufe der Jahre kontinuierlich zu erhöhen. Die "Harburger Zeitung" war nach Auflagenhöhe schon Ende der 90er Jahre überflügelt,

die HAN 1914 mit 13000 Exemplaren fast erreicht. Vorbei war die Zeit, wo man in Rücksicht auf deren größeres Format auf das kleinere "Vorwärts"-Format verzichten mußte, um Leser zu gewinnen. Denn: Zeitungspapier diente auch zum Einwickeln "und zwar je größer das Format desto besser" (H. Kaufmann). Sichtbarer Ausdruck des Erfolges war im Jahre 1904 zunächst die Errichtung einer eigenen Druckerei (Am Wall 12) mit einer 8-seitigen Rotationsmaschine, einer Schnell- und einer Tiegelpresse, die u.a. 12 Setzer beschäftigte. Am 24.11. 1912 schließlich wurde das neuerrichtete Volksblattthaus am Großen Schippsee 18 bezogen, in dem zugleich auch das Parteisekretariat, das Gewerkschaftsbüro, die Zentral-Arbeiterbibliothek und andere Einrichtungen der Arbeiterbewegung untergebracht wurden. Die Druckerei verfügte nun über mehrere Setzmaschinen sowie über eine 16-seitige Rotationsmaschine. Diese Expansion konnte weder durch Boykottmaßnahmen des gemeinnützigen (!) Vereins zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, des "Wirtschaftlichen Schutzverbandes zu Harburg", gegen die im Volksblatt inserierenden Geschäftsleute gebrochen werden, noch durch staatsanwaltliche Verfolgungen, die dem "Volksblatt" in 25 Jahren insgesamt mehr als drei Jahre Gefängnis und rund 25 000 Mark Geldstrafen und Gerichtskosten einbrachten.<sup>31</sup>

Auch wenn eine Einzelanalyse der politischen Linie des Volksblatts bis zum Ausgang des Weltkrieges hier nicht geleistet werden kann, so läßt sich zusammenfassend doch sagen: Politische Organisation und Presse der Harburger Sozialdemokratie, die anfangs eher nebeneinander existierten, kooperierten und verbanden sich im Laufe der Jahre immer stärker. Das Harburger "Volksblatt" nahm dabei teil an einer Entwicklung, wie sie für die sozialdemokratische Parteipresse insgesamt charakteristisch ist: entstanden als Medium proletarischer Binnenkommunikation und zugleich als Manifestation einer proletarischen Gegenöffentlichkeit, trug das Blatt doch auch im wachsenden Maße dazu bei, die politische

Erfahrungsbildung seiner Leser auf jene Ziele zu orientieren, die von der (regionalen bzw. zentralen) Parteiführung (vor)formuliert worden waren. So hatte, um nur ein markantes Beispiel zu nennen, das "Volksblatt" bei Kriegsausbruch 1914 keine erkennbaren Schwierigkeiten, seine anfängliche Ablehnung "Gegen den Krieg!" (28.7.) zurück- zunehmen ("Es ist eine Zeit gekommen, wo die Parteipolitik etwas in den Hintergrund treten muß", 1.8.), dann in vorsichtige Zustimmung zu modifizieren ("Wir dürfen hoffen, daß der in 40 Jahren langsam aufgebaute militärische Apparat jetzt in der Stunde der Not auch tadellos funktioniert", 6.8.) und recht bald schon zu verlangen, daß der ungewollte Krieg "mit Ehren für den deutschen Namen und deutsche Kultur zu Ende geführt werden" muß (10.8.) und "Krämerliberalismus und Knutenmoral" (26.8.) ihre Strafe erhalten. Spätestens hier wird deutlich, wie sehr auch das "Volksblatt" weniger ein Organ der Arbeiterschaft, sondern vielmehr ein Instrument war, mit dem die Partei in diese regierte.<sup>32</sup> Daß sich das Blatt damit immer noch deutlich vom Chauvinismus der bürgerlichen Presse im wilhelminischen Har- burg, insbesondere auch der HAN abhob, steht dazu in keinem Widerspruch.

#### 4. Ausblick: Die Harburger Tagespresse in der Weimarer Republik und im Dritten Reich (1918 - 1937)<sup>33</sup>

Die Harburger Tagespresse dieser Periode ist insgesamt durch eine bemerkenswerte Fluktuation gekennzeichnet, deren Ursache in einer Kombination von ökonomischen und politischen Faktoren zu suchen ist. Neben den in den Teilregionen Wilhelms- burg und Tostedt sich weiterhin behauptenden Lokalblättern "Wilhelmsburger Zeitung" und "Harburger Kreiszeitung"<sup>34</sup> spielten lediglich die HAN eine kontinuierlich Rolle. Das Blatt aus alter hannoverscher Zeit überlebte alle Konkurrenten, Krisen und Umstürze: es existiert noch heute. Den anderen Fixpunkt bildete, allerdings nur für die Zeit der Weimarer

Republik, das "Volksblatt für Harburg, Wilhelmsburg und Umgegend".

Das "Volksblatt" hatte zwar seit 1919 durch die Mitbeteiligung der SPD an der "Regierungs"- und Selbstverwaltungsverantwortung in Harburg eine gewisse staatstragende Funktion erlangt, blieb aber dennoch weiterhin in erster Linie Partei- und Mitgliederorgan. Zu der Lüneburger Kopfausgabe kam ab 1919 noch eine weitere, das "Volksblatt für die Unterelbe", mit Geschäftsstelle in Stade. Die Auflage der Hauptausgabe lag bei knapp unter 15000, fiel sogar bis 1925 auf ca. 9000 und stieg dann bis 1932 wieder auf ca. 15000 an. Hieran dürfte die kämpferische Linie des Vorsitzenden der Bürgerschaftsfraktion, Heinz Pohlmeier, der ab 1929 die Schriftleitung von Ernst Schubert übernahm, einen bedeutenden Anteil gehabt haben. Kämpferisch hieß: gegen die nationalistische Rechte und die Nationalsozialisten sowie gegen die Kommunisten, wobei letztere als "Kozis" den Nazis immer wieder gleichgesetzt wurden. Zum Machtantritt Hitlers titelte das Blatt: "Sie haben es gewagt!" (Nr. 25, 30.1.1933). Die letzte vollständige Nummer des "Volksblatts" datiert vom 27.2.1933. Die Schlagzeile lautete: "Wir stehen bereit zur Ablösung!" Einen Tag später erfolgte das Erscheinungsverbot, erst befristet, dann ab 26.4. endgültig ("bis auf weiteres"); es war hier, wie im ganzen Reich, der Auftakt zur Zerschlagung der gesamten Arbeiterbewegung.

Die Weimarer Republik und der kommunale Machtwechsel in Harburg zwangen auch die HAN zu Umdenken und Mäßigungen, insbesondere ihrer eindeutig antisozialistischen Affekte, mit denen sie Novemberrevolution und Republikgründung begleiteten. In den 20er Jahren besetzten sie die politische Position der rechten Mitte, orientiert an der DVP. Das hinderte das Blatt jedoch nicht, bis Ende 1930 die restliche, überwiegend deutschnationale Zeitungskonkurrenz zu übernehmen, die sich im wesentlichen im "Harburger Tageblatt" aufgebaut hatte. Das "Harburger Tageblatt", am 26.4.1924 als

Ableger der "Hamburger Nachrichten" gegründet, entwickelte sich vor allem unter der Schriftleitung von Fritz Wirth (ab 1928) zu einem rechtsradikalen, schließlich pronationalsozialistischen Blatt. Es mußte am 29.11.1930, zusammen mit seiner Buchholzer Nebenausgabe "Deutsche Dorfzeitung", aus wirtschaftlichen Gründen sein Erscheinen einstellen. Das Verlagsrecht ging an die HAN über, die Abonnenten wohl auch, sofern diese nicht zur NS-Pressen abwanderten; außerdem wurde der Redakteur Fritz Töpfert für das Ressort Landkreis übernommen. Das "Volksblatt" verschärfte seit dieser Übernahme seine Polemik gegen das Lühmann-Blatt nicht zu Unrecht, auch wenn die Etikettierung "Nazi-Tante vom Sand" überzogen war.<sup>35</sup> Unter ihrem neuen Hauptschriftleiter Oscar Gumpold (ab 15.1.1931) polemisierte das Harburger Bürgerblatt immer unverhüllter gegen Kommunismus, Sozialdemokratie und das ganze parlamentarische "System" sowie für ein autoritäres Regime der "nationalen" Kräfte unter Einschluß des Nationalsozialismus. Die NSDAP wurde dabei nicht als Partei favorisiert, aber als Antriebskraft der "nationalen Bewegung" bejaht. So fiel es den HAN nach dem nationalsozialistischen Machtwechsel nicht schwer, sich auf die neuen, zunächst nicht ganz so gewünschten, aber im ganzen doch willkommenen Verhältnisse einzustellen und sich gegen die neue Konkurrenz der NS-Pressen sogar erfolgreich zu behaupten.<sup>36</sup>

Die nationalsozialistische Presse faßte in Harburg spät und nicht unbedingt erfolgreich Fuß. Der osthannoversche Gauleiter Telschow hatte ab 5.10.1928 in Buchholz sein Gauorgan, die Wochenzeitung "Niedersachsen-Stürmer", als "revolutionäres Kampfblatt für das Landvolk" (Untertitel) erscheinen lassen. Harburg wurde jedoch erst ab August 1932 Verlagsort dieses vorrangig auf die Landbevölkerung gezielten Parteiblatts und blieb es bis 1937. Seit 1929 versuchte dagegen der Harburger Ortsgruppen- und spätere Kreisleiter Heinrich Stummeyer eine stärker auf die Industriestadt zugeschnittene,

insgesamt mehr an die Hamburger NSDAP und an Gregor Strasser orientierte Linie gegen den widerstrebenden Gauleiter durchzusetzen, wobei seine auf eine Tageszeitung gerichteten Pressepläne eine wichtige Rolle spielten. Den ersten Versuch stellte der als Beilage zu Telschows Gauorgan erschienene "Harburger Stürmer" dar, der Ende 1929 begonnen haben und in der ersten Jahreshälfte 1930 eingegangen sein dürfte. Das zweite Projekt, das am 2.1.1931 erstmalig erschienene "Niedersächsische Tageblatt", eine genuin Harburger Gründung, endete am 31.1.1931 im finanziellen Desaster.<sup>37</sup> Herausgeber war der "Geschäftsmann" Werner von Somnitz, Schriftleiter der zuvor beim "Harburger Tageblatt" tätige Fritz Wirth. Schon ab 2.2.1931 kam, nun aber als Nebenausgabe des nationalsozialistischen "Hamburger Tageblatts", das "Blatt der Niedersachsen" heraus. Schriftleiter war bis zum Sommer 1931 Hermann Riechers, dann für kurze Zeit H. Plöhn und danach W. Becher; Stummeyer zeichnete erneut als Geschäftsführer, später sogar als Herausgeber. Telschow stützte zunächst zwar auch dieses offensichtlich besser florierende Unternehmen, dessen Auflage zwischen 2000 und 4000 gelegen haben dürfte. Mit dem Umzug der Gauleitung nach Harburg im Sommer 1932 spitzte sich dann aber die innerparteiliche Machtfrage so zu, daß er Stummeyer im Oktober als Kreisleiter absetzen und durch Gaubefehl mit Wirkung vom 1.12.1932 das weitere Erscheinen des "Blatts der Niedersachsen" verbieten konnte.

Da sich Telschow nicht dazu entschließen mochte, den "Niedersachsen-Stürmer" in eine Tageszeitung umzuwandeln, wurde nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten der Druck immer größer, auch in Harburg den "Anzeigen und Nachrichten" ein Parteiblatt entgegenzusetzen. Nachdem die Pläne, mit den Produktionsmitteln des beschlagnahmten Harburger SPD-Blattes ein nationalsozialistisches "Deutsches Volksblatt" herauszubringen, schon im Vorfeld gescheitert waren, kam dann ab 1.9.1933, wiederum als Nebenausgabe des

"Hamburger Tageblatts", das "Niederelbische Tageblatt" als "amtliche nationalsozialistische Tageszeitung für die Kreise Harburg, Stade, Bremervörde und Lüneburg" heraus. Das Parteiblatt begann einen massiven Konkurrenzkampf gegen die bürgerliche Lokalpresse der Region, insbesondere in Harburg und Lüneburg, der als "Zeitungskrieg" in die Akten einging.<sup>38</sup> Es gelang ihm, ab 1.4.1934 einziges amtliches Verkündungsblatt in Harburg-Wilhelmsburg zu werden, konnte aber dennoch mit einer Auflage von ca. 5000 Exemplaren gegen die etwa dreimal höhere Auflage der HAN nicht obsiegen. Als Tageszeitung für den Gau Ostthannover endete die Zeitung mit der Eingemeindung Harburgs nach Hamburg zum 1.4.1937, erschien aber im Stadtgebiet als Ausgabe B des "Hamburger Tageblatts" bis zum Kriegsausbruch 1939 weiter. Die eigenständige Harburger Presse endete im Dritten Reich, als die HAN zum 1.3.1943 ihr Erscheinen einstellen mußten und in der erneuerten Bezirksausgabe B des "Hamburger Tageblatts" aufgingen, das seinerseits zum 1.9.1944 mit den übriggebliebenen "Hamburger Fremdenblatt" und "Hamburger Anzeiger" zur "Hamburger Zeitung" fusionierte.

### **Anmerkungen**

1 Eine Darstellung der Geschichte des Harburger Pressewesens liegt bislang noch nicht vor. In den Arbeiten zur hamburgischen Pressegeschichte wird Harburg nicht oder nur punktuell berücksichtigt. An Vorarbeiten sind zu nennen: Dietrich Kausche, Eine Harburger Zeitung aus dem 18. Jahrhundert. In: Harburger Jahrbuch 7,1957; Adalbert Hopf, Harburger Zeitungen. In: Harburger Vogelschießen 1975. Hg. von der Deputation der Harburger Schützengilde. Harburg 1975 (mit vielen Fehlern) sowie einige Jubiläumsartikel (z.T. auch als Sonderdrucke) zu einzelnen harburgischen Zeitungen, die weiter unten benannt werden.

2 Gemeint ist die "Staats- und Gelehrten Zeitung des Hamburgischen unpartheyischen Correspondenten", die

ab 1.1.1731 in Hamburg erschien und am Ende des Jahrhunderts die meistgelesene Zeitung in Europa gewesen sein dürfte. Vgl. dazu J. H. Eckardt, Zur Geschichte des Zeitungswesens in Hamburg und Schleswig-Holstein bis zum Anfang des neunzehnten Jahrhunderts. In: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Nr. 227, 29.9.1900. S. 7297-99. Nr. 228, 1.10.1900. S. 7353-55. Nr. 230, 3.10.1900. S. 7433-35. Nr. 231, 4.10.1900. S. 7469-71, hier S. 7433.

3 Vgl. Götz Wricke, Die Aufsicht über das Bücher- und Pressewesen im Kurfürstentum und Königreich Hannover von den Anfängen bis 1848. Ein Beitrag zur Geschichte der Bücher- und Pressezensur. Bonn Diss. iur. 1973. S. 55.

4 Vgl. Kausche (wie Anm. 1), S. 39.

5 Die frühesten Intelligenzblätter datieren aus dem 18. Jh., vor allem wenn man den mehr oder weniger umfangreichen Anzeigenteil politischer Zeitungen mitrechnet. Als spezielles, dann meist auch im Titel so bezeichnetes "Intelligenzblatt" häuft sich dieser Zeitungstyp ab dem Ende des 18. Jahrhunderts und dringt im 19. Jh. in die mittleren und kleinen Städte vor. In Nordostniedersachsen gab es lediglich zwei explizite Intelligenzzeitungen, nämlich ab 1810 in Stade und ab 1815 in Lüneburg; nimmt man die Zeitungen hinzu, die im Titel den Begriff "Anzeigen" führen, sind für die Zeit bis 1848 zusätzlich zu nennen: Lüneburg 1810, Celle 1817, Harburg 1844. Die größere Welle der "Wochen- und Anzeigenblätter" setzt in dieser Region erst nach 1850 ein. Vgl. auch: Otto Kuntzemüller, Das Hannoversche Zeitungswesen vor dem Jahre 1848. In: Preußische Jahrbücher 94, 1898, S. 425 - 453, hier S. 428ff.

6 Gesuch J. C. Hergeröders an das Königliche Ministerium des Innern in Hannover, 1.7.1840, zit. nach: Zwischen Gestern und Morgen. Eine Chronik zum 125jährigen Bestehen der Druckerei G. Lühmann C. Hergeröders's Nachfl.. Hamburg-Harburg <1962>. S. 15f.

7 So der Verleger/Drucker C. Hergeröder über seine Zeitung in: HA Nr. 1, 5.10.1844. S. 1.

8 Vgl. Zwischen Gestern und Morgen (wie Anm. 6), S. 23.

9 Vgl. insgesamt Martin Henkel / Rolf Taubert, Die deutsche Presse 1848- 1850. Eine Bibliographie. München u.a. 1986. Für das Kgr. Hannover werden dort 93 Zeitungen benannt, davon knapp die Hälfte als Neugründungen. Außerdem: Hugo Max, Die politische Presse des Königreichs Hannover zur Zeit des Ministeriums Stüve 1848 - 1850. Göttingen, Diss. 1923.

10 Vgl. Hans Dumrese / Friedrich C. Schilling, Lüneburg und die Offizin der Sterne. Lüneburg 1956. S. 183ff. Das Blatt, eine Gründung des Bürgervereins, in dem der radikale Flügel unter Führung des Paulskirchen-Abgeordneten und späteren Harburger Oberbürgermeisters Grumbrecht dominierte, existierte bis 1850.

11 Vgl. dazu näher: Alfred Hildebrandt, Die Pressepolitik der hannoverschen Regierung vom Beginn der Reaktionszeit bis zum Ende des Königreichs Hannover. Leipzig, Diss. phil. 1932 und Georg Sommer, Die Zensurgeschichte des Königreichs Hannover. Diss. phil. Münster 1928.

12 Vgl. "Hannoversche Zeitung", Nr. 253, 2.6.1856. Der "Deutsche Zeitungs-Katalog für das Jahr 1856", 7. Aufl., Leipzig 1858, S. 104, nennt 6xwöchentliches Erscheinen, mit einem Umfang von einem halben Bogen und einer Auflage von 400. Hopf (wie Anm. 1) verzeichnet das Blatt nicht. Belegstücke sind bislang nicht nachweisbar.

13 Vgl. Hopf (wie Anm. 1), S. 101 und "Deutscher Zeitungs-Katalog" 1861 und 1862, S. 98 bzw. S. 99, der die Auflage auf 800 - 500 beziffert. Erhalten ist nur die Nr. 4, 14.1.1860 im Staatsarchiv Hamburg.

14 Vgl. dazu Hildebrandt (wie Anm. 11), S. 29ff. und S. 38ff. Für Preußen vgl. Manfred Overesch, Presse zwischen Lenkung und Freiheit. Preußen und seine offiziöse Zeitung von der Revolution bis zur Reichsgründung (1848 bis 1871/72). Pullach 1974 (= Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung Bd. 19).

15 Näheres dazu vgl. Hildebrandt (wie Anm. 11), S. 32ff.

- 16 HAN Nr. 24, 26.3.1862, "Zur Abwehr!".
- 17 Hopf (wie Anm. 1) nennt unzutreffend 1869 als Gründungsjahr. Weitere Angaben in den Zeitungskatalogen: Die deutsche Presse, Bd. 1, Forbach 1885, S. 41; ebda., 2. Aufl. 1886, S. 88; Mosse Zeitungskatalog 1891 - 1894 sowie in den Harburger Adreßbüchern 1870 - 1895. Erhalten sind nur einige wenige Einzelstücke im Staatsarchiv Hamburg.
- 18 Schilling (wie Anm. D), S. 211; vgl. auch S. 229f. Eine genauere Untersuchung steht noch aus, wobei zu beachten ist, daß wichtige Presse-Aktenbestände der Landdrostei Lüneburg im HStA Hannover verlorengegangen sind, vgl. Hann. 80, Lün. I, Nr. 99a , Repertorium.
- 19 Adressbuch der Deutschen Zeitschriften (Sperling), 39. Jg., 1899, S. 17.
- 20 Vgl. zur Firmen- und Zeitungsgeschichte der HAN die Jubiläums-Artikel des Blattes in den Ausgaben vom 4.10.1919, 20.5.1937, 18.5.1962 und 5.10.1969 sowie die von Fred Schmitz verfaßte Chronik "Zwischen Gestern und Morgen" (wie Anm. 6).
- 21 Die Zeitung war ab ca. 1915 bis Februar 1919 stillgelegt. Die Auflage dürfte, den Zeitungskatalogen zufolge, vor 1914 unter, nach 1920 knapp über 1000 Exemplare gelegen haben. Das Blatt hielt sich bis 1944, möglicherweise sogar bis Anfang 1945.
- 22 So der Untertitel der Nr. 189, 14.8.1894, 4. Jg. (Privatbesitz). Franz R. Bertheau, Kleine Chronologie zur Geschichte des Zeitungswesens in Hamburg von 1616 bis 1913. Hamburg 1914. S. 84, nennt fälschlich als Gründungsjahr 1888.
- 23 Vgl. den Mosse-Zeitungskatalog von 1898, S.19 und Oskar Michel, Nachtrag 1918 zum Handbuch Deutscher Zeitungen. Berlin 1918, S.35. Hopf (wie Anm. 1), S. 101, datiert den "Generalanzeiger für Harburg und Umgegend" vom 1.4.1897 - 31.12.1897.

- 24 Diese Daten lassen sich nach den einschlägigen Zeitungs- katalogen sowie nach den Harburger Adreßbüchern 1890 - 1926 rekonstruieren.
- 25 Heinrich Kaufmann: Die Gründung des Volksblatts! In: Volksblatt für Harburg, Wilhelmsburg und Umgegend", Nr. 256, 1.11.1919, S. 3.
- 26 "An die Leser", Wilhelmsburger Gemeinde-Blatt Nr. 1, 9.5.1891, 1. Jg., S. 1.
- 27 Vgl. Ernst Reinstorf, 50 Jahre Wilhelmsburger Zeitung. Hamburg-Wilhelmsburg 1941. S. 12 ( = Sonderdruck der WZ vom 9.5.1941); außerdem: 25 Jahre "Wilhelmsburger Zeitung". WZ Nr. 108B, 29.5.1916, S. 1 - 2. Ernst Reinstorf, Geschichte der Elbinsel Wilhelmsburg von Urbeginn bis zur Jetztzeit. Ham- burg 1955. Bis auf zwei Lücken ist die Zeitung erhalten (Heimat- museum Wilhelmsburg), zum größten Teil sogar mikroverfilmt (StA Hamburg). Am 31.5.1941 stellte sie ihr Erscheinen ein.
- 28 StA Hamburg, Harburg 64, Amtsgericht VII, B 316
- 29 Vgl. Volksblatt Nr. 256, 1.11.1919, S. 1ff.
- 30 Ebda. sowie die einschlägigen Zeitungskataloge.
- 31 Ebda.
- 32 Vgl. zur Hamburger Situation 1914, die der Harburger nicht unähnlich gewesen sein dürfte, Volker Ullrich: Kriegsalltag - Hamburg im ersten Weltkrieg. Hamburg 1982. S. 12ff.
- 33 Diese Periode der Harburger Zeitungsgeschichte kann in Anbetracht fehlender Voruntersuchungen und knappen Raumes nur noch cursorisch dargestellt werden. Quellengrundlage dieses Überblicks sind: die besprochenen Zeitungen selbst, die sich, sofern erhalten, fast durchweg als Mikrofilme in der Bibliothek der Hochschule Lüneburg befinden; Zeitungskataloge von Mosse, ALA, Sperling u.a.; verstreute Presseakten des StA Hamburg und des HStA Hannover. Der Verf. plant eine gesonderte Unter- suchung des Harburger Pressewesens 1918-1937 für die nächste Zeit. Darin wird auch der wichtige Themenkomplex "Staatliche Einwirkung auf die Amtlichen Kreisblätter/Pressepolitik und Presseüberwachung", der

hier ausgeklammert bleiben muß, dargestellt. Allgemein für die Region Osthannover behandelt diese Frage Klaus Wernecke, Die Provinzpresse am Ende der Weimarer Republik. Zur politischen Rolle der bürgerlichen Tageszeitungen am Beispiel der Region Osthannover. In: Presse und Geschichte II. Neue Beiträge zur historischen Kommunikationsforschung. München u.a. 1987, bes. S. 380ff. (= Deutsche Presse-forschung, Bd. 26).

34 Vgl. Anm. 21 und 27.

35 So hieß es z.B. in der Nr. 186, 12.8.1931, unter dem Titel "Geschwätz im Sand-Blatt": "Die 'Lühmannsche' beginnt langsam von der Höhe eines gutbürgerlichen Kaffeetafel-Organs auf das Niveau einer übelbeleumundeten Nazi-Zeitung herabzu-steigen. Sie sieht bei anderen schon mehr, als da ist; aber das Hakenkreuz im eigenen Auge sieht sie nicht!"

36 Der Deutschnationale Gumpold blieb bis zum 28.10.1933 Hauptschriftleiter; ihm folgte ab 9.12.1933 im Amt der National-sozialist Hans Henningsen. Zur höchst fragwürdigen Position der einstmals "regierungsfreundlichen" Provinzzeitungen mit lang-jähriger DVP-Orientierung vgl. Peter Stein, Heimatzeitung und Hakenkreuz. Die Tagespresse in Lüneburg vor und nach 1933. In: Heimat, Heide, Hakenkreuz. Lüneburgs Weg ins Dritte Reich. Hg. vom Lüneburger Arbeitskreis "Machtergreifung". Hamburg 1984. S. 116-144.

37 Vgl. dazu u.a. die ausführliche Berichterstattung im "Volks-blatt" in den Januar/Februar-Nummern 1931.

38 Vgl. zum Themenkomplex "Zeitungskrieg" Norbert Frei, Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleich-schaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern. Stuttgart 1980 und Peter Stein, NS-Gaupresse 1925- 1933. Forschungs- bericht - Quellenkritik - Neue Bestandsaufnahme. Dortmund 1987 (= Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 42 ).